

Was ist zu tun?

Um überhaupt einen wirkungsvollen Widerstand in der Gesellschaft aufzubauen, ist es in allererster Linie nötig, dass jeder Einzelne bei sich beginnt. Dazu ist es notwendig, dass jedes systemkonforme Verhalten ad acta gelegt wird. Es ist alles anzuzweifeln, was vom Staat bzw. von seinen boshafte Bürokratien kommt. Diese Mentalität, ich muss mich nur gut anpassen und mich bemühen, dann wird das auch belohnt, kann man getrost vergessen. Das war vielleicht in der DDR noch so, aber mit fortschreitender kapitalistischer Verwertungskrise und einer zunehmend regressiver werdenden Krisenverwaltung geht es nicht mehr um Belohnung, sondern um Verdrängung aus dem Leistungsbezug. Nun kann man eine Mentalität nicht einfach ablegen wie ein paar ausgelatschte Schuhe, aber wenn sich jede/r Einzelne täglich bewusst macht, die wollen mir nichts Gutes, und auch danach handelt, dann ist schon viel getan. Was steht konkret an?

1. Die Abgabe des ALG II-Antrages. Die AA macht jetzt verstärkt Druck wegen des Abgabetermins. Sie verschicken Termine an die Antragsteller. Klaus-Peter Hansen z.B. sieht keinen Grund mehr, die Unterlagen nicht abzugeben. "Wer bereits Arbeitslosenhilfe bezogen hat, kann auch die meisten Fragen für das ALG II beantworten." Für uns gibt es dagegen viele gute Gründe. Es ist in unserem Interesse, den Antrag so spät wie nur möglich abzugeben. Auch kann uns niemand zwingen, einen Antrag bereits drei bis vier Monate eher abzugeben. Da ein Widerspruch gegen den Abgabetermin sinnlos ist und höchstwahrscheinlich auch keine aufschiebende Wirkung hat, machen wir ihnen doch die Freude und erscheinen mit einem unvollständig ausgefülltem Antragsformular, und zwar so, dass die ihn nicht annehmen können. Denen geht es in Wahrheit nicht um die pünktliche Auszahlung des ALG II, sondern um den Eingliederungsvertrag der noch vorher abgeschlossen werden muss, und der eigentlich im Sinne des Gesetzes Voraussetzung für den Bezug des Geldes ist.

2. Vor dem Abschluss des Eingliederungsvertrages wird ein "forderndes Gespräch" geführt. Es ist nicht ratsam, dort den Rebellen zu mimen. Das käme denen sehr entgegen, der Fallmanager muss keinen Vertrag abschließen. Die Beweislasten sind umgedreht, also wir müssen beweisen, dass wir zu jeder Bedingung und für jedes Elendsendgeld bereit sind, so schnell wie möglich einen Job zu organisieren; koste es, was es wolle. Bei dieser Art Verhandlung herrscht keine Waffengleichheit, deshalb sollte sich jede/r vor dem Gespräch Gedanken machen, wie man sich im Notfall zur Wehr setzen kann. Sei es einen Zeugen mitzunehmen oder ein Diktiergerät mitlaufen zu lassen, auch Notizen nach dem Gespräch können nützlich sein. Diktiergerät und Notizen haben natürlich vor Gericht keine Beweiskraft, aber man kann die Inhalte des Gesprächs jederzeit präzise wiedergeben.

3. Allzu forsche Fallmanager werden wir öffentlich unter Druck setzen indem wir die Sachverhalte herumerzählen, mit Namen und Adresse versteht sich. Dienstaufsichtsbeschwerden, die Leute in diversen Internetseiten anprangern oder Leserbriefe an Tageszeitungen schicken. Das kann jeder persönlich tun, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.

4. Die Wahlen. Es ist eine ewige Streitfrage, ob man die Wahlen nur noch ignorieren sollte oder ob man wählen geht, schließlich hat man ja 89 dafür gekämpft. Das ist richtig. Wer sich das Wählen nicht verkneifen kann, sollte wenigstens keine dieser alteingesessenen Parteien wählen. Wenn man sich aber die Inhalte dieser kleineren Parteien ansieht, merkt man sehr schnell, dass die etwas falsch positioniert sind. Da ist z.B. die Forderung nach Arbeit. Hat sich schon mal jemand die Frage gestellt, wie viel Schrott und sinnlose Dienstleistungen hergestellt bzw. angeboten werden müssten, um Vollbeschäftigung zu erreichen? Es ist einfach absurd. Wenn also so eine kleine Partei sich wirklich durchsetzen würde und in den Landtag zieht, dann würde man ganz schnell sehen, dass die nichts ausrichten könnten und sich mit zunehmender Dauer immer mehr anpassen, was denen bei der Bezahlung dann auch nicht so weh tun würde. Man braucht sich doch nur die 68er anzusehen. Siehe auch Volkszorn-

Flugblatt "Wir haben verstanden!". Was wir brauchen, ist die berühmte außerparlamentarische Opposition.

5. Die Gewerkschaften. Auf die können wir zwar nicht verzichten, aber in Bezug auf den Widerstand gegen das kapitalistische Zumutungssystem können wir sie abschreiben. Sie sind ein Bestandteil des Systems, auch wenn sie die Arbeitnehmerseite vertreten. Vielmehr ist zu überlegen, ob oder wie man eine schlagkräftige Organisation aufbauen kann, die so stark werden muss, dass sie der Regierung jederzeit ein Stoppzeichen setzen kann.

7. Die bereits bestehenden Organisationen sind ebenfalls falsch positioniert. Da geht es um die Forderung nach Arbeit oder Umverteilung (es ist genug Geld da). Aber im Kapitalismus ist es egal was hergestellt wird, ob Windeln, Turnschuhe oder Panzer, die Hauptsache ist, Arbeit-Ware-Wert, die Verwertung des Wertes und Wachstum. Deshalb ist es kontraproduktiv, Rechnungen aufzumachen: wie viele Kindergärten könnte man für 180 Eurofighter bauen usw. Der Kapitalismus stranguliert sich selbst, war auf einem Plakat der Dresdner Montagsdemo zu lesen. Das ist ein gutes Beispiel, wie falsch die Situation eingeschätzt wird. Er untergräbt zwar seine eigenen Fundamente, aber er stranguliert die Gesellschaft, indem er die nichtprofitablen Bereiche vernachlässigt, wie z.B. Bildung usw. Auch ein mafiotischer Kapitalismus im letzten Verfallstadium ist immer noch Kapitalismus.

8. **Schluss** mit Lustig. Wir sollen für ein Wirtschaftssystem aufgeopfert werden, das mit der Globalisierung an seine Grenzen stößt. Alle so genannten Reformen sind nur Versuche, das "Wirtschaft-Wirtschaft-Über-Alles-Regime" aufrecht zu erhalten. Das kann nur noch auf Kosten jedes Einzelnen und der Gesellschaft gehen. Es ist eine Kriegserklärung an die Gesellschaft, die wir annehmen müssen. Die Agenda 2010 ist nur "der Anfang vom Anfang vom Anfang", siehe auch Volkszorn-Flugblatt: "Das Märchen von den Reformen" von 2003. Die ALG II-Delinquenten sind im Moment nur besonders betroffen. Z.B. dürfen Behörden Bankkontendaten einsehen, da das automatisierte Kontenabfragesystem der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) offiziell installiert wurde. Ursprünglich ging es darum, die Finanzströme terroristischer Organisationen aufzuspüren, aber ab April 2005 steht das Kontenabfragesystem auch der Bundesagentur für Arbeit, Sozialämtern oder BaföG-Stellen zur Verfügung, um vor allem im Zusammenhang mit Hartz IV die Bankverbindungen zu überprüfen. Man sieht also, dass nicht nur die Alzweier gläsern gemacht werden. Gegen so ein Unrechts- und Überwachungssystem waren die Menschen 1989 auf der Straße. Das alleine reicht jetzt nicht mehr. Widerstand auf allen Ebenen ist das Gebot der Stunde. Siehe dazu auch die "16 Hebelpunkte zum Zivilgesellschaftlichen Ungehorsam" von Prof. Grottian.

Stephan Groll ist Autor von Volkszorn-Flugblatt